

# Araber predigen und finanzieren Islamismus im Kosovo

So titelte die WELT am 17.5.2017 und die Meldung beginnt so:

"Laut Bundesregierung verbreitet Saudi-Arabien im Kosovo Islamismus durch Moscheebau und radikale Prediger. Doch nicht bloß die Araber erheben einen gefährlichen 'politischen Gestaltungsanspruch' auf dem Balkan. Die Bundesregierung beobachtet islamistische Einflussnahme im Westbalkan durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten. 'Saudi-arabische Missionierungsorganisationen sind auch im Kosovo aktiv und verbreiten hier die von Saudi-Arabien vertretene wahhabitische Interpretation des Islam, etwa durch die Entsendung von Predigern', berichtet die Bundesregierung in einer der WELT vorliegenden Antwort auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsfraktion mit. Der Wahhabismus ist eine islamistische Strömung, die sich an den Vorstellungen der ersten Muslime orientiert. Er ist mit dem Salafismus nahezu identisch.

Zudem ist der Bundesregierung zufolge 'ein kontinuierliches Engagement arabischer Geldgeber - Einzelpersonen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche und halb staatliche Institutionen - in der Islamischen Gemeinde Kosovos (BIK) feststellbar'.

Gestellt hatte die Anfrage die Linke-Abgeordnete Sevim Dagdelen, die nun eindringlich warnt: 'Unter den Augen von Kfor hat sich das Kosovo zum islamistischen Terrorzentrum in der Region entwickelt. Es ist skandalös, dass sich dank der Präsenz deutscher Soldaten saudische Gewalt- und Hassprediger ungestört die ideologische Basis dafür schaffen konnten'."

Die Anfrage: "Seit Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien im Jahr 1999 sind deutsche Soldaten im Rahmen des KFOR-Mandats im Kosovo stationiert. Unter den Augen der Bundeswehr wächst dort die islamistische Einflussnahme durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten, aber auch durch den NATO-Partner Türkei. Die Region entwickelt sich zu einem terroristischen Zentrum in der Region."

Die Antwort kann als PDF downgeladen werden.

---

## Dr. Thomas Tartsch schrieb dazu am 18.5.2017:

Die Auskünfte der Bundesregierung generieren keinen Erkenntnisgewinn, aus dem man neue politische Handlungsmaximen ableiten kann, da Saudi-Arabien bekanntlich seit dem Zusammenbruch der damaligen Sowjetunion in Gebieten w.d. Kosovo und Ländern wie Tschetschenien durch ihre massive finanziellen und personellen Dawah Aktivitäten den Nährboden für den gewaltsamen Salafi Dschihadismus von al Qaidah (Bosnien Krieg) und DAESH vorbereitet haben, der auch Deutschland und Österreich durch engmaschige lokale und globale Netzwerkstrukturen massiv bedroht.

Das hat u.a. der Fall des Salafi Dschihadi Predigers Ebu Tejma (Mirsad O.) in Österreich gezeigt.

Zuletzt haben Dr. Amer Albayati (ILMÖ) und ich vor Saudi Arabien als Terror-Paten im Januar 2017 gewarnt: <http://www.allesroger.at/artikel/dschihadismus-made-in-austria>

Ebenso der Politiker Efgani Dönmez (GRÜNE), der mich zitiert:

<https://www.pressreader.com/austria/kleine-zeitung-steiermark/20170204/281530815756784>

Zumindestens für Saudi-Arabien handelt es sich hier um einen klassischen Blowback (Chalmers Johnson), da al Qaidah und DAESH die Dynastie der Sa'ud als "nahen Feind" stürzen wollen, um die zwei heiligen Stätten (Makka und Madina) unter ihre Kontrolle zu bringen, da der jeweilige saudische König seit 1932 den Titel *hādīm al-haramayn aš-Šarīfayn* (arab.) / ki Kutsal Cami'nin Hizmetkârı (türk.) = "Hüter der heiligen Stätten" trägt.

Auch ein bekanntes Nashiid des deutschen DAESH Propagandisten Abu Talha al-Almani trägt den Titel: "Gegen Kuffar (Ungläubige), Munafiqun (Heuchler) und den saudischen Palast":



Damit hat sich die Sa'ud Dynastie durch die Verbreitung ihrer extrem puristischen, literalistischen und gewaltaffinen Islamauslegung, die zum legitimatorischen Grundtatbestand beider Gruppierungen gehört, ihre eigenen Todfeinde geschaffen, während die mittelbaren Auswirkungen der saudischen Da'wah Aktivitäten Deutschland/Österreich direkt betreffen.

Diese Feindschaft gegen die Sa'ud Dynastie galt schon in den Tagen des 2011 getöteten al Qaidah Gründers Usama Ibn Ladin, worauf ich 2009 in einer Lageanalyse Afghanistan eingegangen bin, als der DAESH Vorgänger Al Qaidah in Iraq (AQI) durch die Counterinsurgency Operation "The Awakening" mit Hilfe sunnitischer Stämme faktisch als vernichtet galt.:

## Al Qaidas Mehrfrontenjihad - Sicherheitslage Afghanistan

Während sich die mediale Berichterstattung über das hybride global agierende Terrornetzwerk al Qaida auf die Aktivitäten in Afghanistan und Pakistan konzentriert, hat al Qaida damit begonnen, einen Mehrfrontenjihad zu führen, um den "nahen" und den "fernen" Feind zu bekämpfen.

In den letzten Monaten ist es al Qaida gelungen, die jihadistischen Kräfte in Saudi-Arabien und im Yemen in der "al Qaida auf der arabischen Halbinsel" unter Führung von Nasser Al Ohishi zu bündeln, um primär die Herrschaft der Saud-Dynastie, die seit dem zweiten Golfkrieg 1991 bevorzugtes Ziel der saudisch-ägyptisch dominierten ersten al Qaida Generation war, zu beenden. Zudem soll die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in der Region in Form von Militärbasen und deren Funktion als Ausgangspunkt militärischer Interventionen und Sicherung der Nachschubwege gestört und geschwächt werden.

Die sunnitische al Qaida hat sich zudem mit der schiitischen antiiranischen Jundullah verbündet, um eine eigene Präsenz im Iran zu installieren. Die erste Aktion nach der vereinbarten Zusammenarbeit war der am 28.05.2009 erfolgte Anschlag auf eine Moschee in der südostiranischen Stadt Zahedan, bei der mindestens 15 Menschen getötet wurden. Hierfür hat inzwischen die Jundullah die Verantwortung übernommen.

Im Libanon verstärkt al Qaida seine Präsenz, wozu der Kuwaiter Mohammed al-Dousari (Kampfname: Abu Talha) damit begonnen hat, eine al Qaida Zweigstelle im Libanon aufzubauen, die logistische Dienstleistungen und die Schleusung von al Qaida Kämpfern übernehmen soll. Gleichzeitig trainieren im Libanon al Qaida Kämpfer mit der schiitischen und vom Iran unterstützten Hez' b Allah, da der Iran in den letzten Jahren eine quantitativ große Anzahl von al Qaida Kämpfern (darunter rund 18 hochrangige Führungspersönlichkeiten) Unterschlupf gewährt hat.

Für die Sicherheitsinteressen Deutschlands bleibt primär die Situation in Afghanistan und Pakistan relevant, wo al Qaida seinen Einfluss immer weiter ausbreitet, da sich al Qaida Kräfte in jeder Region entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze etabliert haben.

Während die Offensive der pakistanischen Armee im SWAT Tal nach außen anscheinend zu einem Ausweichen der pakistanischen Taliban geführt hat, die sich in Teilen der afghanischen Taliban angeschlossen haben, verschärft sich der Konflikt in Süd Waziristan, wo die dortigen Taliban der Tehrik-i-Taliban Pakistan unter ihrem Anführer Baitullah Mehsud damit begonnen haben, das Gebiet der Provinz Süd Waziristan zu verminen, während als Reaktion auf die Militäroffensive Selbstmordanschläge in der pakistanischen Provinz Punjab befürchtet werden, die an die indischen Bundesstaaten Punjab und Rajasthan angrenzt, womit sich der schwelende Konflikt zwischen Pakistan und Indien verschärfen kann.

al Qaida nimmt hierbei in Afghanistan und Pakistan nicht wie im Irak direkt an Kampfhandlungen unter eigenem Namen teil, sondern unterstützt regionale Gruppen zur Durchsetzung ihrer eigenen strategischen Ziele.

Diese Strategie hat bis jetzt Erfolg gezeigt, da es gelungen ist, Anerkennung für die Idee eines Zweifrontenkriegs gegen die NATO Truppen in Afghanistan und die pakistanische Regierung durch die Unterstützung von Baitullah Mehsud zu finden, der von saudischen, usbekischen, türkischen und tschetschenischen Jihadisten unterstützt wird. Mehsud, der seit Februar 2009 als unangefochtener Feldkommandeur gilt, hat es geschafft, eine starke Verbindung zwischen den afghanischen und pakistanischen Taliban zu knüpfen, gegen die die Obama Administration eine neue Counterinsurgency Strategie setzen will, die beide Länder umfassen soll.

Dagegen unterstützt al Qaida in der Region weiterhin jihadistische Gruppen wie das Haqqani Netzwerk unter Führung von Sirajuddin Haqqani in der afghanisch-pakistanischen Grenzprovinz Paktika, wo der al Qaida Veteran Maulvi Twaha (der u.a. 2001 fünf afghanische Studenten erschoss), logistische Unterstützung leistet und das Ein- und Aussickern ausländischer jihadistischer Kämpfer bewerkstelligt, während die Propagandaarbeit durch den einschlägig bekannten Abu Yahya al-Libbi forciert wird, der einen Radiosender betreibt, der in beiden Ländern empfangen wird, wozu billige chinesische Transistorradios an die Bevölkerung zur Massenverbreitung der Propaganda verteilt werden.

al Qaida übernimmt weiterhin, da es nicht offiziell in Erscheinung tritt, neben der finanziellen Unterstützung und der Führung des Internetjihad der salafitischen Cyber Umma für jihadistische Gruppen in der Region auch die Ausbildung der jihadistischen Kämpfer durch al Qaida Ausbilder, die u.a. in der Manba Ulum Haqqania madrasa des Haqqani Netzwerkes in Nord Waziristan tätig sind, die in der Vergangenheit das Ziel amerikanischer Predator

Drohnen war. Als Ergebnis dieser Bombardierungen haben sich die Schulungen in unzulängliche Gebirgs- und Waldgebiete verlagert, wo immer mehr pakistanische und ausländische Kämpfer geschult werden, da durch die sich abzeichnende Niederlage von al Qaida im Irak Afghanistan primäres Ziel des inter- und multinationalen Jihad geworden ist.

Unter diesen multinationalen Jihadisten befindet sich ein steigender Anteil von Konvertiten, deren verstärkte Reisebewegungen in pakistanische Ausbildungslager mindestens seit Mitte 2007 von den jeweiligen Sicherheitsbehörden wahrgenommen und (soweit möglich) verfolgt werden, wobei genaue Zahlenangaben nicht gemacht werden können. Kehren diese Jihadisten in ihre Heimatländer zurück, verstärken sie dort den homegrown terrorism der dritten und vierten Jihadistengeneration wie in Deutschland, wo man offiziell von rund 50 in Pakistan ausgebildeten Muslimen und Konvertiten ausgeht, die hier Rekrutierungs-, Propaganda- und Anschlagaktivitäten ausüben und planen.

Insgesamt gesehen hat al Qaida als lernendes Netzwerk aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und entsprechende Strategieänderungen vollzogen, da die finanzielle, logistische, ausbildungstechnische, taktische und propagandistische Unterstützung regionaler jihadistischer Gruppen und Strukturen im Hintergrund mehr Erfolg verspricht als die direkte Teilnahme am Jihad wie im Irak, wo die operativen militärischen Fähigkeiten zu 80% zerschlagen wurden.

Sollte sich diese Entwicklung verstärken, kann al Qaida als direkter Nutznießer nicht nur die operativen Fähigkeiten auf den Stand von vor Ende 2001 regenerieren, sondern der Westen sieht sich einer multiplen Gefährdungslage gegenüber, die die politisch, sozial und ökonomisch instabilen Regionen im Nahen Osten und Südasien mit einem Flächenbrand überziehen können.

Schon jetzt werden die innen- und außenpolitischen Interessen Deutschlands durch die Sicherheitslage in Afghanistan tangiert, die vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen die Politik der deutschen Regierung und der Opposition beeinflusst, die um Wählerstimmen kämpfen.

Diese hat sich in Fortführung der Lagebeurteilung 2008 kontinuierlich und signifikant verschlechtert, was durch die steigende Anzahl von Angriffen auf die Feldlager und Patrouillen der International Security Assistance Force (ISAF) belegt wird, wobei Ende April ein deutscher Fallschirmjäger getötet wurde, der nach Stand der derzeitigen Erkenntnisse sein Leben für das seiner Kameraden opferte. Die Zahl der gewaltsamen Zwischenfälle im ISAF Kommandogebiet RC-Nord, wo das deutsche ISAF Kontingent stationiert ist, hat sich im Vergleich von 2007 zu 2008 mit 395 Zwischenfällen um 56% gesteigert, was auf verstärkte Aktivitäten der verschiedenen jihadistischen Gruppen zurückzuführen ist.

Der Süden Afghanistans stellt dabei nach wie vor die Region mit den meisten sicherheitsrelevanten Ereignissen und der höchsten Gefährdungsstufe dar, wobei sich die Sicherheitslage für die deutschen ISAF Kontingente in Nordafghanistan (bezogen auf das Anschlagrisiko) dieser Region annähert. Das verdeutlichen die 6 in kurzer Folge im Internet veröffentlichten Drohvideos mit aus Deutschland stammenden Jihadisten als Akteuren, die von zum Umfeld von al Qaida gehörenden Medienfirmen produziert wurden, die explizit Deutschland und die deutschen ISAF Kontingente als Anschlagziele nennen, womit die Bundeswehr direkt ins Zielspektrum der regional ausgerichteten und international unterstützten Terrorstrukturen geraten ist. In der Gesamtschau führen diese Videobotschaften zu der Einschätzung, dass deutsche Interessen und Einrichtungen in Afghanistan hinsichtlich des bestehenden Gefährdungsgrades mit amerikanischen und britischen Interessen und Einrichtungen gleichzusetzen sind, was eine Verschlechterung gegenüber 2008 beinhaltet, als der Gefährdungsgrad mit "nahezu gleichzusetzen" eingeschätzt wurde.

Die Gefährdungslage wird verstärkt durch die auf Eigensicherung zurückzuführende Abschottung der deutschen ISAF Kontingente, was zu einer zunehmenden Distanzierung zur Bevölkerung führt. Schon die Nichterfüllung des Auftrages der Sicherung afghanischer Mädchenschulen durch die deutschen ISAF Kontingente vor Angriffen der afghanischen Taliban in ihrem Mandatsgebiet verdeutlicht das Fehlen der für jede erfolgreiche Counterinsurgency Strategie erforderliche permanente Präsenz in der Fläche zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zur Zivilbevölkerung, um einen Keil zwischen dieser und jihadistischen Kräften zu treiben, der durch die langfristige Gewährung von Schutz vor dem Terror der Taliban mit dem Ziel der Trennung von Zivilbevölkerung und Jihadisten begleitet wird. Denn der Erfolg von Counterinsurgency hängt grundlegend vom Vertrauen der Zivilbevölkerung in die Fähigkeit der Schutzmacht ab, diese vor den Angriffen der Jihadisten zu schützen, da der Großteil der Afghanen keine Sympathisanten der Jihadisten sind.

Dieses ist derzeit nicht gegeben, da die ausländischen Truppen durch den hohen Bodycount der Zivilbevölkerung als Kollateralschäden im Rahmen des Anti-Terror-Kampfes (ATK) der NATO Truppen als Feind gesehen und zu den Taliban getrieben werden, die Schutz versprechen. Diese wiederum sehen objekt- und personenbezogene Angriffe auf ISAF und ATK als erfolgversprechendes Mittel, um die derzeitige Regierung Karsai zu schwächen und eine Verhaltensänderung der westlichen Regierungen zu erzwingen. Für die Bundeswehr fehlt es derzeit an jeglichem Konzept für eine erfolgreiche Counterinsurgency Strategie, da schon innerhalb der Bundeswehr keine entsprechenden personellen Ressourcen vorhanden sind, die islamische Kampfdoktrinen studiert haben und entsprechende Counterinsurgency entwickeln können, da man den Gegenjihad nicht am grünen Tisch des Planungsstabes oder im Offizierscasino gewinnt, sondern an der Front. Ändert sich dieses nicht, geraten die deutschen ISAF Kontingente in Gefahr, von den jihadistischen Kräften in naher Zukunft aufgerollt zu werden.

## Implikationen für die Innenpolitik Deutschland/Österreich:

Sowohl die als Wahhabiyya-Islam bekannte saudi-arabische Islamauslegung, als auch die Aktivitäten der Lobbyorganisationen der islamistischen AKP, mit dem Ziel der politischen Einflussnahme auf die türkischen Communities in Europa und der gesellschaftlichen Spaltung entlang bestehender ethnisch-religiöser Bruchlinien, können keinen Platz in Deutschland/Österreich haben.

**Daher gilt es auf politischer Ebene, sowohl die saudischen Da'wah Aktivitäten zu unterbinden, als auch die Beeinflussung der türkischen Communities durch Lobbyorganisationen der AKP auszutrocknen.**

Wozu mittel- bis langfristig auch die Beendigung der bisherigen Entsendung türkischer Staatsbeamte als Hodschas in DITIB/ATIB Moscheegemeinden, die beide mit dem türkischen Diyanet verbunden sind, da diese - oftmals in den religiös ausgerichteten Imam Hatip Lisesi ausgebildeten - Hodschas oftmals die religiös-, nationalistisch- und neosmanisch unterfütterte Ideologie der AKP in die Moscheegemeinden transportieren.

Hinzu kommen bekannt gewordene Spionagetätigkeiten einzelner Hodschas bezüglich realer oder mutmaßlichen Anhänger der Gülen Hareketi/Hizmet seit Sommer 2016.

Stattdessen müssen hier ausgebildete Imame und Hodschas, deren Studieninhalte beständiger staatlicher Kontrolle unterliegen, die aus der Türkei entsandten Hodschas ersetzen.

Lässt man dagegen Saudi-Arabien und AKP als Gefährder der Inneren Sicherheit und Destabilisierer des gesellschaftlichen Verbundsystems weiterhin ungehindert agieren, droht nicht nur eine quantitative Ausweitung salafistisch-dschihadistischer Milieus in Deutschland/Österreich durch saudische Da'wah Aktivitäten, die den gewaltvollen Dschihad in Form terroristischer Akte vermehrt im Inland ausüben.

Sondern auch der Import innertürkischer Konflikte, die u.a. zu einer Zunahme politisch motivierter Straßengewalt führen werden, während sich im Rahmen ethnisch-religiöser Gemeinschaftsbildung abschottende Gegengebilde innerhalb der Gesamtgesellschaft implantieren, die sich nicht nur durch strenge Religiosität und extremen Nationalismus postkemalistischer Prägung auszeichnen. Sondern auch durch eine monogame Staatsloyalität zur AKP-Türkei als designte 2. Republik mit dem autoritär regierenden Staatspräsidenten an der Spitze.

Damit geht es letzten Endes, wenn überhaupt, nur noch um Integration als unverbundenes Nebeneinander. Aber nicht mehr um identifikative Assimilation mit dem Mehrheitsgesellschaften in Deutschland/Österreich als Miteinander.

Ausführlich hierzu meine Skizzierung zu AKP-Türkei/Integration/Assimilation:

<http://www.atheisten-info.at/downloads/Tartsch.pdf>

Dr. Thomas Tartsch

[www.thomastartsch.org](http://www.thomastartsch.org)

C.u.a.R.: Bei den jeweiligen Autoren. Bei meinen Ausführungen: Bei mir.

---